Tarifvertrag
über die Nutzung des LandesTicket Hessen
durch Beschäftigte der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main
(TV-G-U LandesTicket Hessen)
vom 11. September 2017

Zwischen

der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main,
vertreten durch die Präsidentin,
Theodor-W.-Adorno-Platz 1, 60323 Frankfurt am Main,

- einerseits -

und

ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft,
vertreten durch die Landesbezirksleitung Hessen, Frankfurt a.M.,

GEW, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft,
Landesverband Hessen,

- andererseits -

wird Folgendes vereinbart:
Präambel

Dieser Tarifvertrag stellt einen Baustein im Interesse des Klimaschutzes und zur weiteren Stärkung des umwelt- und klimafreundlichen öffentlichen Personennahverkehrs in Hessen dar. Er dient darüber hinaus der Steigerung der Attraktivität der Beschäftigungsverhältnisse der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main.

§ 1
Geltungsbereich

(1) Dieser Tarifvertrag gilt für Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Auszubildende (Beschäftigte), die in einem Arbeitsverhältnis oder in einem tarifvertraglich geregelten Berufsausbildungsverhältnis zur Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main stehen.

(2) Dieser Tarifvertrag gilt nicht für
a) geringfügig Beschäftigte im Sinne von § 8 Absatz 1 Nr. 2 SGB IV,
b) künstlerische, studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte,
c) sämtliche Ärztinnen und Ärzte an Universitätskliniken, insbesondere diejenigen nach § 41 Nr. 1 Absatz 1, Absatz 2 und Absatz 3 TV-G-U.

§ 2
Nutzungsberechtigung

(1) Die Beschäftigten erhalten eine Nutzungsrechte für das LandesTicket Hessen. 
Diese berechtigen die Beschäftigten, die Leistungen im Nah- und Regionalverkehr im Bereich des Landes Hessen unentgeltlich nach Maßgabe der im Anhang zu diesem Tarifvertrag aufgeführten Nutzungsbedingungen in Anspruch zu nehmen.

(2) Der Anspruch auf eine Nutzungsberechtigung nach Absatz 1 besteht für die Dauer des ununterbrochen fortbestehenden Arbeits- oder Berufsausbildungsverhältnisses. Ausgenommen hiervon sind Kalendermonate, in denen Beschäftigte keinen Anspruch auf Entgelt haben.

Protokollerklärung zu § 2 Absatz 2:

1. Anspruch auf Entgelt sind auch der Anspruch auf Entgeltfortzahlung und der Anspruch auf Krankengeldzuschuss, auch wenn dieser wegen der Höhe der Barleistungen des Sozialversicherungsträgers nicht gezahlt wird. Einem Anspruch auf Entgelt gleichgestellt ist der Bezug von Krankengeld nach § 44 SGB V oder entsprechender gesetzlicher Leistungen und der Bezug von Mutterschaftsgeld nach § 13 MuSchG oder § 24i SGB V.

2. Zeiten des Entgeltbezugs stehen ferner gleich:

- Zeiten eines Sonderurlaubs, bei denen die Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main vor dem Antritt schriftlich ein dienstliches Interesse anerkannt hat, bis zum Ende des Kalenderjahres des Antritts,

- Zeiten der Inanspruchnahme der Elternzeit nach § 15 BEEG bis zum Ende des Kalenderjahres, in dem das Kind geboren wurde,

- Zeiten der Inanspruchnahme der vollständigen Freistellung von der Arbeitsleistung nach § 3 PflegeZG bis zum Ende des Kalenderjahres, in dem die vollständige Freistellung von der Arbeitsleistung angetreten wurde.


§ 3

Inkrafttreten, Laufzeit


Protokollerklärungen zu § 3 Absatz 3:


2. Sollte der Tarifvertrag von einer Tarifvertragspartei außerordentlich gekündigt werden, verpflichten sich die Tarifvertragsparteien, unverzüglich Verhandlungen über eine Neu- regulierung aufzunehmen.
Frankfurt, den 11. September 2017

Birgitta Wolff
Präsidentin der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main

Jürgen Bothner
ver.di

Thomas Winhold
ver.di

Károla Stötzel
GEW
Anhang zum TV-G-U LandesTicket Hessen

Für die Nutzungsbedingungen nach § 2 Absatz 1 Satz 2 dieses Tarifvertrages gilt Folgendes:


3. Die mit dem Nachweis gemäß Anlage B verbundene Fahrtberechtigung ist nicht übertragbar. Sie beinhaltet jedoch das Recht, von montags bis freitags ab 19:00 Uhr und am Wochenende sowie an Feiertagen ganztags einen Erwachsenen und alle zum Haushalt gehörenden Kinder bis 14 Jahre kostenfrei mitzunehmen.


7. Wird eine Nutzerin/ein Nutzer der Fahrtberechtigung bei der Fahrt im Rahmen einer Fahrleistungsanfechtung von den von Ihnen/ihren Nachweis gemäß Ziffer 2 angetroffen oder kann er/sie sich nicht ausweisen, so ist gemäß den Beförderungsbedingungen das erhöhte Beförderungsentgelt (Stand August 2017: 60,00 €) an das Verkehrsunternehmen zu zahlen. Es er- mäßigt sich jedoch (Stand August 2017: auf 7,00 €), wenn die Nutzerin/der Nutzer der Fahrtberechtigung innerhalb einer Woche ab dem Feststellungstag durch Vorlage ihres/seines Nachweises bei dem Verkehrsunternehmen, das das erhöhte Beförderungsentgelt nach den jeweiligen Tarifbestimmungen und Beförderungsbedingungen der VV erhebt, nachweist, dass sie/er zum Zeitpunkt der Feststellung Inhaberin/Inhaber der Fahrtberechtigung war.
Niederschriftserklärung

Zur Erläuterung des § 3 Absatz 3 sind sich die Tarifvertragsparteien über folgende Beispiele einig:

Beispiele:
- Wesentliche Änderungen der pauschalen Versteuerung durch die Arbeitgeberin, insbesondere ihr Wegfall
- Verbeitragung nach SGB IV oder Sozialversicherungsentgeltverordnung
Anlage B

Fahrtberechtigungsnachweis

Vorderseite „Land Hessen“ mit den persönlichen Mitarbeiterdaten:

Inhalte (werden durch die Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main personalisiert):
Nachname, Vorname
Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)
Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main
Kennung „GUF“ und laufende Nummer des LandesTickets
Gültigkeit von – bis (TT.MM.JJJJ – TT.MM.JJJJ)
Unterschriftsfeld

Rückseite „Hessische Verkehrsverbünde“:

LandesTicket

Dieses Ticket ist nicht übertragbar.
Es gilt nur für die umseits aufgeführte Person in Verbindung mit einem amtlichen Lichtbildausweis

Gültig in Hessen

Er gelten die Gemeinsamen Beförderungsbedingungen und Tarifbestimmungen von NVV, RMV und VRN.

123456